

## Antrag 1

1:280

Mit Stand September 2021 befinden sich 339.000 Kolleginnen und Kollegen auf Suche nach einer Arbeit. 69.750 Kolleginnen und Kollegen befinden sich in Schulungen des **Arbeitsmarktservices (AMS)**. Das AMS ist der wichtigste Partner am Arbeitsmarkt in Österreich. Es erfüllt die Funktionen eines öffentlich-rechtlichen Arbeitsamts und **vermittelt Arbeitskräfte auf freie Stellen** und unterstützt die Eigeninitiative von Arbeitssuchenden und Unternehmern als Arbeitgeber durch Beratung, Information, Qualifizierung und finanzielle Förderungen.

Mit dem AMMSG vom 1. Juli 1994 wurde die Arbeitsmarkverwaltung aus dem damaligen Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales ausgegliedert und das Arbeitsmarktservice als **Dienstleistungsunternehmen** des öffentlichen Rechts konstituiert. Aus dem Arbeitsamt ist ein Dienstleistungsunternehmen der Republik Österreich geworden. Vom Image der Stelle der Auszahlung des Arbeitslosengeldes konnte vollkommen Abschied genommen werden. Die wichtigste Aufgabe des **AMS ist die Vermittlung von Arbeitssuchenden auf offene Stellen.**

An zweiter Stelle steht die Weiterbildung von Arbeitssuchenden. Wie oben schon erwähnt, befinden sich 69.750 Arbeitssuchende in **diversen Schulungen**. Ziel ist die qualitative Verbesserung ihrer Chancen am Arbeitsmarkt. Das AMS ist nach dem **Arbeitslosenversicherungsgesetz (AIVG)** für folgende Leistungen zuständig: Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Weiterbildungsgeld und Altersteilzeit. Weiters werden Alterspensionen, Invaliditätspensionen und Rehabilitationsgeld während der Antragsbearbeitung bei der Pensionsversicherungsanstalt bevorschusst.

Diese Aufzählung der Tätigkeiten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des AMS dokumentiert die **Vielfältigkeit dieses Dienstleistungsbetriebes**. So wie bei jedem Dienstleistungsbetrieb steht und fällt die Qualität mit der Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und der Zeitdauer der Betragungsgespräche. **Zurzeit kommen auf eine Mitarbeiterin bzw. auf einen Mitarbeiter des AMS 280 „Kunden“.**

**Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für  
Steiermark fordert die Bundesregierung auf, dem AMS zusätzliche  
finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Mittel sollen für die  
Einstellung von zusätzlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in allen  
Dienststellen des AMS verwendet werden.**

KR Mag. Harald Korschelt  
Fraktionsobmann FA  
4.November 2021

**F**ür  
**A**rbeiter und **A**ngestellte

## Antrag 2

### Die gute und die schlechte Nachricht

Zurzeit mit Stand September 2021 zählt Österreich 120.500 Langzeitarbeitslose. Als Langzeitarbeitslose werden Kolleginnen und Kollegen bezeichnet, die über 365 Tage ohne Beschäftigung sind. Je länger jemand nicht im Berufsleben steht, desto schwieriger gestaltet sich der Wiedereinstieg in die Arbeitswelt.

Hier setzt nun die Aktion „**Sprungbrett**“ an. Für diese Aktion wurden im **Budget 2022 250 Mio. Euro** eingestellt. Zusätzlich zum regulären Budget des AMS sind für 2022 165 Mio. Euro für von Langzeitarbeitslosigkeit bedrohte ältere Kolleginnen und Kollegen zugesagt. Weitere 105 Millionen Euro sind für Programme vorgesehen, die Langzeitarbeitslose unter 50 Jahren bei der Suche nach einem Arbeitsplatz wirkungsvoll unterstützen. **Sprungbrett** umfasst die **Eingliederungsbeihilfe in Form von Zuschüssen zu den Lohn- und Lohnnebenkosten für Unternehmen**, geförderte Arbeitstrainings, Beratungs- und Betreuungsangebote sowie die Möglichkeit der gemeinnützigen Arbeitskräfteüberlassung. Zusätzlich besteht für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer das Angebot der Kombilohnbeihilfe.

Gefördert werden kann das Arbeitsverhältnis von akut von Langzeitarbeitslosigkeit bedrohten Personen, die länger als 365 Tage arbeitslos vorgemerkt sind und über den **Förderzeitraum hinaus beschäftigt werden können. Einen wichtigen Bestandteil stellt auch das Arbeitstraining dar.**

Das Arbeitstraining dient dem Praxiserwerb nach abgeschlossener Berufsausbildung, dem Training von Fähigkeiten und Fertigkeiten sowie der Heranführung an einen betrieblichen Arbeitsplatz.

Das AMS sichert mit der sogenannten „Beihilfe zur Deckung des Lebensunterhaltes“ die finanzielle Existenz der Trainees und sorgt für deren Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherung.

Dem Unternehmen entstehen dadurch keine Kosten. Das Arbeitstraining kann bis zu einer Dauer von 13 Wochen in Anspruch genommen werden.

**Das war die gute Nachricht.**

## **Nun die schlechte Nachricht:**

Leider ist die Aktion **Sprungbrett** mit dem Jahr 2022 beschränkt. Die Erfahrung zeigt: Die Langzeitarbeitslosigkeit wird leider nicht in einem Jahr beendet.

**Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark fordert die Bundesregierung auf, die Aktion Sprungbrett auch in den Kalenderjahren 2023 und 2024 und nach einer Evaluierung darüber hinaus mit gesonderten Budgetmitteln weiterzuführen.**

KR Mag. Harald Korschelt e.h.

Fraktionsobmann FA

4. November 2021

**F**ür

**A**rbeiter und **A**ngestellte

## Antrag 5

### Familienbeihilfe – sofortige Auszahlung veranlassen!

Die Zuerkennung der Familienbeihilfe ist die Grundlage für die Auszahlung des Kinderbetreuungsgeldes und zugleich auch die Grundlage für den Krankenversicherungsschutz der Mutter. Das Finanzamt Österreich ist zuständig für die Erstzuerkennung und Auszahlung der Familienbeihilfe.

**In den letzten Monaten kam es zu einem großen Rückstau der Bearbeitung von Familienbeihilfe-Anträgen.** Familien warten derzeit oft monatelang auf die Auszahlung der ihnen zustehenden Familienförderung. Grund lt. Finanzamt sei die nachträgliche Überprüfung der in der Coronazeit automatisch ausbezahlten Familienbeihilfe. Man hört immer wieder die Aussage, es fehlt einfach das Personal dazu, **um diesen Rückstand schnellstmöglich aufzuholen.**

Wir wissen, wie schwer sich vor allem alleinstehende Frauen mit Kindern und auch Studenten und Schüler tun, um monatlich über die Runden zu kommen. Gerade jetzt, wo die Wohnungen und die Betriebskosten immens erhöht wurden, kommt es zu verspäteten Auszahlungen der Beihilfen.

In einem Land wie Österreich sollte dies nicht passieren, dass Familien monatelang auf ihr Geld warten und nicht mehr wissen, wie sie ihren Lebensunterhalt bestreiten sollen.

Es geht aber auch darum, dass Frauen, die dadurch keinen Wochengeldbezug erhalten, nicht versichert sind und keine Medikamente erhalten. **Diesen Zustand kann man auf keinen Fall unseren Familien zumuten und es müssen sofort Maßnahmen gesetzt werden!**

**Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark fordert Herrn Finanzminister Mag. Gernot Blüml auf, alles zu tun, um das dringend benötigte Geld umgehend an die Betroffenen zu überweisen und wenn nötig, das Personal im Finanzministerium aufzustocken.**

KR Mag. Harald Korschelt  
Fraktionsobmann FA  
04.November 2021

**F**ür  
**A**rbeiter und **A**ngestellte

## Antrag 5

# Marketingoffensive für regionale Produkte und Dienstleister

Seit nunmehr rund einem Jahr befindet sich die Steiermark aufgrund der Corona-Pandemie in einem Dauerausnahmestand. Neben den gesundheitlichen und sozialpolitischen Problemstellungen sind es vor allem die wirtschaftlichen Herausforderungen, die unsere Gesellschaft zunehmend belasten. Dies wird auch durch die vorliegenden Zahlen und Daten belegt. So sank Österreichs Bruttoinlandsprodukt (BIP) laut vorläufigen Berechnungen der Statistik Austria im Coronajahr 2020 real um 6,6 Prozent. Dieses Minus bei der Wirtschaftsleistung stellt den markantesten Rückgang seit dem Jahr 1945 dar.

Im Jahr 2020 wurde der durchschnittliche Bestand an vorgemerkten **Arbeitslosen in der Steiermark** mit 47.911 (2019 34.038) ausgewiesen, das waren um 13.873 **beziehungsweise 40,8% mehr als 2019**.

Die aufgrund der Corona-Pandemie von der schwarz-grünen Bundesregierung verhängten Lock down-Maßnahmen haben den Handel und viele Dienstleister schwer getroffen. Nach wie vor führen die bestehenden Einschränkungen, wie das Tragen von Schutzmasken und Abstandhalten, sowie die Eintrittstestungen zu verminderten Umsätzen. Wie schon im Antrag 3 ausgeführt - zählt der Internethandel zu den Gewinnern der Covid-19 Krise. **Einsam an der Spitze steht der Internetriese Amazon. Er konnte ein Umsatzwachstum von 30 Prozent erreichen.**

Dieser verlegt noch dazu - wie andere internationale Konzerne - durch eine Reihe von legalen Abgabenschlupflöchern seine Gewinne in Länder mit niedriger Steuerbelastung, wodurch er immense steuerrechtliche Vorteile erfährt, von denen österreichische Klein- und Mittelbetriebe nur träumen können.

Ein gangbarer Weg, um der steirischen Wirtschaft einen **wichtigen Impuls** zu geben und einen Beitrag zu leisten, diese aus der derzeitigen Krise zu führen, liegt in der **Bewerbung regionaler Produkte und Dienstleister**. Dieser Impuls trägt auch **zur Sicherung der heimischen Arbeitsplätze bei**. Mit einer entsprechenden Marketingkampagne müssen daher potentielle Kunden auf örtliche Anbieter aufmerksam gemacht werden.

Mit dieser Marketingkampagne sollte ein **breites Spektrum an möglichen Werbemaßnahmen** erarbeitet werden. Insbesondere im ländlichen Raum wäre es wichtig, den ansässigen Betrieben eine Unterstützung im Hinblick auf Kundenmarketing zukommen zu lassen. Diese Marketingkampagne trägt auch sicherlich zur **Wiederaufnahme von Arbeitskräften** bei. Auch wird dadurch eine **Festigung von bestehenden Arbeitsplätzen** erreicht.

**Die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark fordert die Steiermärkische Landesregierung auf, eine nachhaltige, regionale Produktions- und Lieferstrategie zu erarbeiten und umzusetzen, in deren Rahmen sollen bestehende und neue Maßnahmen (z.B. Ausgabe von Gutscheinen, örtliche Werbeeinschaltungen) effizient kombiniert werden und potenzielle Kunden auf regional erhältliche steirische Produkte und Dienstleistungen aufmerksam gemacht werden.**

KR Mag. Harald Korschelt eh.  
Fraktionsobmann FA  
23.06.2021

**F**ür  
**A**rbeiter und **A**ngestellte



## Antrag 6

### Blackout

Die Covid 19- Pandemie hat die gesamte Welt wie ein Hammerschlag getroffen. Kein Land auf der Welt war auf diese Krise vorbereitet. Pandemiepläne gab es zwar. Diese waren aber heillos veraltet und konnten in keiner Weise eine zeitgemäße Hilfe für Regierungen und Bevölkerung darstellen.

**Die gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen sind aus heutiger Sicht immer noch nicht abschätzbar.** Neben diesen schrecklichen Folgen kommt es auch immer mehr zu einer Spaltung der Gesellschaft. Auch konnten sich die zuständigen Wissenschaftler bisher auf keine gemeinsame Vorgangsweise einigen. Bisher konnte noch kein „Brand aus“ gegeben werden.

Schon warnen aber in- und ausländische Sicherheitsexperten vor der nächsten Gefahr.

**Durch das international verzweigte europäische Stromnetz wird ein Blackout immer wahrscheinlicher.** Am 8. Jänner 2021 stand Europa vor einem totalen Zusammenbruch des Stromnetzes. Durch einen Schaltfehler in einem kroatischen Umspannwerk kam es zu einer Frequenzabsenkung von 0,3 Prozent. Bei diesem Ereignis kam es zu einem kritischen Frequenzeinbruch und einer Netzaufspaltung im europäischen Verbundsystem. **Diese Frequenzeinbrüche können zu einer Kettenreaktion** im Stromnetz führen, die mit Ausfall des gesamten Stromnetzes enden können. **Ein klassisches Blackout.**

Ein **totaler Stromausfall** über einen längeren Zeitraum führt zu **unvorstellbaren Konsequenzen** in unserer stromabhängigen Gesellschaft. Kein Strom heißt keine Beleuchtung innerhalb und außerhalb des Wohnbereiches, meist keine Heizung mehr, kein Kochen mehr, keine Betankung mehr, kein Einkauf mehr, keine Bankgeschäfte mehr, kein Internet mehr, kein Radio- und Fernsehempfang mehr, kein Fernverkehr mehr, kein Flugverkehr mehr, keine Schaltung von Ampeln mehr, keine Endladung von Schiffen mehr, nach kurzer Zeit Ausfall aller Notfalleinrichtungen in den Krankenhäusern, in den meisten Fällen kein Trinkwasser mehr usw. **Bei 0,5Prozent Frequenzabfall steht ein Blackout unmittelbar bevor.** Wenn auch der Fehler gefunden wird, dauert es doch sehr lange, um die Systeme wieder hochzufahren.

Dies alles bei einem technischen Blackout. **Ein Terrorangriff in Form von Cyberkriminalität könnte noch viel schlimmer ausfallen.**

**Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark fordert die Bundesregierung und die Steiermärkische Landesregierung auf, Konzepte zu erarbeiten, die bei einem Blackout der Bevölkerung ein Maximum an Sicherheit gewährleisten. Auch sollten diese Konzepte der österreichischen Bevölkerung ehebaldig näher gebracht werden.**

KR Mag. Harald Korschelt  
Fraktionsobmann FA  
6.5.2021

**F**ür  
**A**rbeiter und **A**ngestellte

## Antrag 7



### **Rahmenbedingungen im Kinderbetreuungsbereich verbessern!**

Dass qualitätsvolle Kinderbetreuung unser aller Anliegen ist, steht außer Frage. Ein Blick auf die in den vergangenen Jahren getätigten Bestrebungen der politischen Verantwortungsträger lässt jedoch berechtigte Zweifel daran aufkommen, ob genug unternommen wurde respektive wird, um eine solche sicherzustellen. Immerhin platzen Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen vielerorts aus allen Nähten, die Nachfrage nach Betreuungsplätzen steigt ungleich dem Angebot, **qualifiziertes Personal ist immer schwieriger zu finden** – bekanntlich wollen immer weniger ausgebildete Elementarpädagogen diesen Beruf auch tatsächlich ausüben – und die Rahmenbedingungen werden insgesamt immer schwieriger.

**Pädagogen und Betreuer klagen seit Jahren über sich verschlechternde Arbeitsbedingungen und die zu geringe Wertschätzung ihres Berufes.** Eines der zentralsten Anliegen vieler Kindergartenpädagoginnen begründet sich in den zu großen Gruppen bzw. das zu geringe Verhältnis von Fachkraft zu Kindern. Wenn man sich vor Augen führt, dass eine einzige Pädagogin im Ausnahmefall bis zu 25 Kindergartenkinder gleichzeitig zu beaufsichtigen hat – etwa wenn ein Kind kurzfristig die volle Aufmerksamkeit der zweiten Fachkraft erfordert –, verdeutlicht das den viel zu gering bemessenen Betreuungsschlüssel. Auch in Kinderkrippen ist der Fachkraft-Kind-Schlüssel nach wie vor zu niedrig angesetzt. Das geringe Gehalt ist bei immer größer werdenden Herausforderungen ebenso einer der Hauptkritikpunkte vieler Pädagoginnen und Betreuer. Aufgrund dieser Umstände ist es nur wenig verwunderlich, dass sich viele Absolventen im Bereich der Elementarpädagogik gegen diesen Beruf entscheiden.

**Die Situation im Bereich der Kinderbetreuung spitzt sich seit Jahren zu und der Personalmangel wird immer deutlicher.** Aus freiheitlicher Sicht bedarf es jedenfalls grundlegender Reformen im Bereich der Elementarpädagogik.

Es muss das erklärte Ziel der Regierung sein, in die Ausbildung von Kindergartenpädagogen und Kinderbetreuer zu investieren bzw. Anreize zu schaffen und die Arbeitsbedingungen insofern zu verbessern, sodass wieder mehr Menschen diese Berufe ergreifen. Gleichzeitig ginge damit auch eine wesentliche **Steigerung der Betreuungsqualität** einher, wovon unsere Kinder wesentlich profitieren würden.

**Ein Ansatz muss es sein, die teils viel zu großen Gruppen in Kinderbetreuungseinrichtungen schrittweise zu verkleinern.** Dass dieses Ziel nicht von heute auf morgen erreicht werden kann, steht außer Frage. Die Verkleinerung von Gruppen bedarf auch baulicher Maßnahmen und den Ausbau entsprechender Räumlichkeiten, was wiederum in die Zuständigkeit der Erhalter der Betreuungseinrichtungen (meist Gemeinden) fällt. Nachdem viele steirische Kommunen zunehmend an ihre Kapazitätsgrenzen stoßen, was den Ausbau von Betreuungseinrichtungen angeht, muss auch auf die **Erfordernisse der Gemeinden** entsprechend reagiert und diesen mit unterstützenden Maßnahmen unter die Arme gegriffen werden.

Eine schrittweise Verkleinerung der Gruppen als langfristige Maßnahme würde zweifelsohne dazu beitragen, das Kindergartenpersonal bei seinen täglichen Herausforderungen zu entlasten und die **Betreuungsqualität** weiter zu steigern. Die Anstellung einer zusätzlichen pädagogischen Hilfskraft pro Gruppe kann als weitere und zudem schneller umsetzbare Maßnahme gesehen werden, um die Arbeitsbedingungen im Bereich der Elementarpädagogik zu verbessern.

Darüber hinaus muss endlich eine **Angleichung der unterschiedlichen Gehaltsschemen erreicht werden.**

Je nachdem ob Pädagogen bzw. Betreuer in einer öffentlichen oder einer privaten Kinderbetreuungseinrichtung angestellt sind, divergieren die Gehälter enorm. Die bestehenden teils massiven Gehaltsunterschiede sind nicht nachvollziehbar und durch eine Änderung des Dienst- und Besoldungsrechtes der von den Gemeinden anzustellenden Kindergartenpädagogen und Kinderbetreuer zu beheben. Eine schrittweise Angleichung an den Kollektivvertrag wäre aus Sicht der Freiheitlichen ein Gebot der Stunde. Zudem bedarf es einer grundsätzlichen finanziellen Attraktivierung für alle Beschäftigten im Bereich der Elementarpädagogik. **Mit einer besseren Entlohnung geht zweifelsohne auch eine höhere Wertschätzung und Anerkennung** des wichtigen Berufes von Kindergartenpädagogen und Kinderbetreuer einher, die tagtäglich – selbst unter schwierigsten Bedingungen – großartige, gesamtgesellschaftlich wichtige Arbeit leisten. Gleichzeitig kann dadurch auch der prekären Personalsituation begegnet werden.

Der Aufbau der **zwei neuen Kollegstandorte für Elementarpädagogik** in der Steiermark, die bekanntlich mit September 2021 starteten, ist durchaus zu

begrüßen. Alleine die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze – was von wesentlicher Bedeutung ist und auch in Zukunft vorangetrieben werden muss – kann der vielfach mangelnden Bereitschaft, den Beruf als Kindergartenpädagoge bzw. Kinderbetreuer auszuüben, jedoch nicht ausreichend Rechnung tragen. Um dieses Ziel erreichen zu können, **müssen erste Schritte in Richtung einer Verkleinerung der Gruppengröße mit einhergehender Unterstützung der Erhalter**, einer Verbesserung des Betreuungsschlüssels sowie einer Anpassung der Gehaltsschemen forciert werden. Nur so wird man dem Personalmangel im Bereich der Elementarpädagogik auch effektiv begegnen, die Attraktivität der Berufe als Kindergartenpädagoge und Kinderbetreuer steigern und gleichzeitig die Qualität der Betreuung an sich verbessern können.

**Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark fordert daher die Bundesregierung auf,**

- 1. eine schrittweise Verkleinerung der Gruppengrößen in Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen zu erwirken und gleichzeitig Unterstützungsmaßnahmen für notwendige bauliche Ausbaumaßnahmen für die Erhalter zu erarbeiten,**
- 2. den Fachkraft-Kind-Schlüssel insofern zu verbessern, sodass pro Gruppe eine zusätzliche pädagogische Hilfskraft zur Verfügung steht,**
- 3. die unterschiedlichen Gehaltsschemen des elementarpädagogischen Personals anzugleichen und finanziell attraktiver zu gestalten sowie**
- 4. die Schaffung zusätzlicher qualitativ hochwertiger Ausbildungsplätze weiter voranzutreiben.**

KR Mag. Harald Korschelt  
Fraktionsobmann FA  
04.November 2021

**F**ür  
**A**rbeiter und **A**ngestellte

## Antrag 8

### Und ewig grüßt das Murmeltier

Spaß bei Seite.

Das **amtliche Kilometergeld** ist schon ein langjähriger Dauergast bei vielen Vollversammlungen der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark.

Mit dem amtlichen Kilometersatz sind folgende Aufwendungen abgegolten:

- Abschreibung/Wertverlust
- Treibstoff und Öl
- Wartung und Reparaturen aufgrund des laufenden Betriebs
- Zusatzausrüstungen (z.B. Winterreifen, Schneeketten usw.)
- Autoradio, Navigationsgerät
- Steuern und Gebühren
- Alle Versicherungen (inklusive Kasko-, Insassenunfall-, Rechtsschutzversicherung)
- Mitgliedsbeiträge diverser Autofahrerclubs
- Finanzierungskosten (Kredit- oder Leasingraten)
- Parkgebühren und in- sowie ausländische Mautgebühren

#### **Auflistung der Kilometergelder (ab 1. Jänner 2011):**

<b>Kraftfahrzeugtype</b>	<b>Kilometergeld in Euro (auf volle Cent aufgerundet)</b>
PKW	0,42
Motorfahrräder und Motorräder	0,24
Mitfahrerinnen/Mitfahrer	0,05
Fahrrad	0,38

Vor circa **16 Monaten** hat sich der Preis für einen Liter Diesel **knapp unter 1 Euro** bewegt. Zurzeit steuert der Preis für einen Liter Diesel **die 1,40 Euromarke an.**

Auch haben die **oben aufgezählten Aufwendungen** seit 2011 **deutliche Preissteigerungen** erfahren.

**Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark fordert die Bundesregierung auf, den amtlichen Kilometersatz ab 1.Dezember 2021 mit 0,55 Euro festzulegen.**

KR Mag. Harald Korschelt e.h.  
Fraktionsobmann FA  
4.November 2021

**F**ür  
**A**rbeiter und **A**ngestellte